Gesellschaftsvertrag

der

Schwabacher Unternehmens Gründerzentrum SCHWUNG
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

§ 1 Firma, Sitz

1. Die Firma der Gesellschaft lautet
Schwabacher Unternehmens Gründerzentrum SCHWUNG
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
2. Der Sitz der Gesellschaft ist Schwabach.

§ 2 Öffentlicher Zweck und Gegenstand des Unternehmens

1. Die Gesellschaft verfolgt für die Dauer ihres Bestehens mit dem Betrieb eines Unternehmensgründerzentrums in der Stadt Schwabach einen öffentlichen Zweck. Dieser umfasst die Erledigung aller mit dem Gründerzentrum zusammenhängenden Tätigkeiten, wie z.B. die Verwaltung von Baulichkeiten, der Beratung von Existenzgründern und die Akquisition von Mietern.
Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.
2. Der Gegenstand des Unternehmens ist grundsätzlich auf das Stadtgebiet Schwabach beschränkt.
3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.
4. Die Gesellschaft und ihre Geschäftsführung haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere bei der Errichtung von oder Beteiligung an anderen Unternehmen, die gesetzlichen Vorgaben wie insbesondere die Bestimmungen zur wirtschaftlichen Tä-

tigkeit der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern sowie die Vorgaben dieser Satzung zu beachten.

5. Die Stadt Schwabach übt über die Gesellschaft eine Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle aus.

§ 3

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital und Geschäftsanteile

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EURO 26.000 (in Worten: sechsundzwanzigtausend Euro).
2. Die Stammeinlagen sind sofort in voller Höhe in bar zu erbringen.

§ 5

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind

1. Die Geschäftsführer (§ 6)
2. Der Beirat (§ 7)
3. Die Gesellschafterversammlung (§§ 8, 9).

§ 6

Geschäftsführung, Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen vertreten.

3. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.
4. Die Gesellschafterversammlung kann eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung beschließen. Darin kann sie die Geschäftsverteilung unter den Geschäftsführern festlegen.
5. Jeder Geschäftsführer ist vertraglich zu verpflichten, sein Einverständnis mit der Veröffentlichung seiner Bezüge zu erklären.
6. Die Geschäftsführung unterstützt die Stadt Schwabach bei der Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichtes. Hierzu stellt sie auf Anforderung insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft zur Verfügung.

§ 7 Beirat

1. Die Gesellschaft erhält einen Beirat, der sich selbst eine Geschäftsordnung gibt.
2. Der Beirat besteht je aus einem Vertreter der im Stadtrat der Stadt Schwabach vertretenen Fraktionen sowie je einem Vertreter folgender Institutionen:
 - Oberbürgermeister der Stadt Schwabach,
 - Stadtkämmerer der Stadt Schwabach,
 - Industrie- und Handelskammer,
 - Handwerkskammer für Mittelfranken,
 - Kreishandwerkerschaft,
 - Industrie- und Handelsgremium,
 - Wirtschaftsförderung der Stadt Schwabach,
 - Regierung von Mittelfranken/ Wirtschaftsabteilung,
 - Deutscher Gewerkschaftsbund,
 - Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm,
 - BayStartUp GmbH.Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann die Zusammensetzung des Beirats geändert werden.
3. Der Beirat hat die Geschäftsführung zu beraten, insbesondere in der grundsätzlichen Ausrichtung des Gründerzentrums, zu Werbemaßnahmen, zum anzubietenden Dienstleistungsservice sowie zum anzustrebenden Branchenmix. Über beabsichtigte

Geschäftshandlungen, über den Grad der Auslastung und die Mieterstruktur sollen der/die Geschäftsführer den Beirat rechtzeitig informieren.

4. Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden.
5. Die Amtsdauer eines Beiratsmitglieds beträgt fünf Jahre; es besteht die Möglichkeit seiner Wiederbenennung. Sie endet mit dem Ausscheiden aus dem Amt der entsendenden Institution.

§ 8

Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung

1. Die Geschäftsführung beruft die Gesellschafterversammlung ein. Jeder Geschäftsführer ist allein einberufungsberechtigt. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres statt. Die Versammlung ist zudem einzuberufen, wenn eine Beschlussfassung der Gesellschafter nach dem Gesetz oder den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages vorgeschrieben ist oder wenn die Einberufung aus einem sonstigen Grund im Interesse der Gesellschaft liegt. Die Geschäftsführung ist auch zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Gesellschafter die Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung verlangt.
2. Die Gesellschafterversammlung ist schriftlich mit einer Frist von einer Woche einzuberufen. Tagesordnung, Tagungsort und Tagungszeit sind in der Einladung mitzuteilen. Tagungsort ist der Sitz der Gesellschaft.
3. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn das gesamte Stammkapital vertreten ist. Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist ohne jede Einschränkung beschlussfähig, worauf in der zweiten Einladung hinzuweisen ist.
4. Die Gesellschafterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt. Je Euro 1,-- eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
5. Gesellschafterbeschlüsse werden grundsätzlich in Gesellschafterversammlungen gefasst; sie können jedoch auch schriftlich, durch Telefax oder per E-Mail gefasst werden, wenn alle Gesellschafter mit diesem Verfahren einverstanden sind.

6. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen und von den Gesellschaftern zu unterzeichnen.

7. Gesellschafterversammlungen können unter Verzicht auf sämtliche nach diesem Gesellschaftsvertrag und dem Gesetz vorgesehenen Form- und Fristenformalitäten abgehalten werden, wenn alle Gesellschafter dem zustimmen und keine zwingenden gesetzlichen Formvorschriften entgegenstehen.

§ 9

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung beschließt außer in den im Gesetz vorgesehenen Fällen über:
 - a) die Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses,
 - b) die Entlastung der Geschäftsführer für das vorangegangene Geschäftsjahr,
 - c) die Genehmigung des Wirtschaftsplans,
 - d) die Wahl des Abschlussprüfers,
 - e) den Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 - f) die Auflösung der Gesellschaft,
 - g) die Aufnahme von Darlehen, soweit diese nicht im Wirtschaftsplan berücksichtigt sind,
 - h) die Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährleistungsverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten,
 - i) die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen,
 - j) den Verzicht auf Ansprüche jeglicher Art,
 - k) die Verfügung über Geschäftsanteile der Gesellschaft oder Teile derselben,

- l) die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
- m) die Erteilung und der Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmachten,
- n) die Übernahme neuer Aufgaben sowie Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des öffentlichen Zwecks und des Unternehmensgegenstandes oder die Aufgabe von Tätigkeitsgebieten, sofern diese Änderungen von wesentlicher Bedeutung sind,
- o) die Übernahme weiterer sowie die Erweiterung bestehender gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen,
- p) die Gründung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen einschließlich verbundener Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften und über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen.

§ 10 Wirtschaftsplan

1. Die Geschäftsführung stellt in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan auf und legt der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde. Der Wirtschaftsplan und der Finanzplan sind so rechtzeitig aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahres ihre Zustimmung erteilen kann. Bei wesentlichen Abweichungen ist ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan erforderlich.
2. Die Geschäftsführung unterrichtet die Gesellschafterversammlung laufend über die Entwicklungen des Geschäftsjahres, insbesondere über die Erträge und Aufwendungen sowie wesentliche Abweichungen von den Planzahlen.

§ 11 Jahresabschluss

1. Die Geschäftsführung hat innerhalb der ersten drei Monate des nachfolgenden Geschäftsjahres den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Für die Erstellung und Prüfung sind die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften anzuwenden, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Der Auftrag der Gesellschafterversammlung an den Abschlussprüfer ist auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, § 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG und eine Erweiterung der Berichtspflichten des Abschlussprüfers nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG zu erstrecken.

2. Nach Eingang des Prüfungsberichts hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich der Gesellschafterversammlung vorzulegen.
3. Der Stadt Schwabach und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan werden die in §§ 53 und 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt. Der Stadt Schwabach ist der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang zu übersenden. § 51 a GmbHG gilt entsprechend.

§ 12 Verdeckte Gewinnverwendung

Die Geschäftsführung ist nicht befugt, außerhalb eines von der Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Gesellschaftern oder ihnen nahe stehenden Personen oder Gesellschaften Vorteile irgendwelcher Art vertraglich oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Gesellschafter, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahe stehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertersatz verpflichtet. Die Bilanzen der Gesellschaft sind durch Aktivierung des Rückforderungsanspruchs zu berichtigen.

§ 13 Bekanntmachung

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit sie rechtlich erforderlich sind, im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der anderen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame, nichtige oder anfechtbare Bestimmung ist so umzudeuten oder durch Satzungsänderung zu ändern bzw. zu ergänzen, dass der damit verfolgte Zweck im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen soweit wie möglich erreicht wird. Dasselbe gilt bei Vorhandensein von Vertragslücken.

§ 15
Kosten

Die Kosten der Eintragung im Handelsregister, der notariellen Beurkundung und der Anmeldung zum Handelsregister sowie die mit der Gründung verbundenen Steuern und die Kosten der Gründungsberatung trägt die Gesellschaft bis zu einem Gesamtbetrag von EURO 7.500.